Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

11.05.2014 Nr. 47

Inhalt:

Haushaltmittel für Disco-Bus	S. 01	Rot-Grüne Koalition unterstützt Werftenindustrie	S. 06
Landesförderung für Lerninseln der BBS	S. 01	Für Disco-Bus statt Plakataktion	S. 06
SPD-Ortsvereinszeitung	S. 02	Sondernutzungsgebühren am Hauptkanal	S. 08

Februar 1999

Haushaltsmittel für Discobus

Die SPD forderte, im Haushalt der Stadt Mittel für den Diskobus bereitzustellen. Angesichts der drohenden Gefahren durch Alkoholmissbrauch und der häufig durch Alkoholeinfluss verursachten Verkehrsunfälle nach einem Disko- oder Gaststättenbesuch durch Jugendliche war eine weitere Verzögerung bei der Einrichtung eines Diskobusses unverantwortlich.

Für die SPD war es unverständlich, weshalb sich der Landkreis Emsland nicht auf eine Einführung einigen konnte, während dies in den Landkreisen Leer und Ammerland mit der „Nachteule“ möglich war.

Mit einem Beschluss über Bereitstellung von Mitteln im Haushalt 1999 wollte die SPD-Stadtratsfraktion in Papenburg dazu beitragen, insbesondere die alkoholbedingten Wochenendunfälle zu reduzieren. Dafür wären ausreichend Haltepunkte in den Ortsteilen von Papenburg notwendig. Es müssten die Standorte der Diskotheken im nördlichen Emsland in den Fahrplan so eingebunden werden und der Fahrpreis müsste so festgesetzt werden, dass er für Jugendliche erschwinglich wäre. Beim Fahrplan wäre darauf zu achten, dass er den Jugendlichen ermöglicht, die ganze Nacht zwischen der Stadt Papenburg und den Gemeinden im nördlichen Emsland hin und her zu fahren. Es sollten Absprachen mit den benachbarten Landkreisen und den dortigen Nachtbussen erfolgen, damit Anschlussmöglichkeiten für diese Diskobusse bestünden. Daneben sollte gewährleistet sein, dass die Abendvorstellungen des Kinos und der Theatervorstellungen in Papenburg rechtzeitig erreicht werden. Für die Rückfahrten sollten eine Fahrt im Anschluss an die Vorstellungen und für Nachtschwärmer zwei weitere Fahrten am frühen Sonntagmorgen angeboten werden. Die SPD regte an, die Diskothekenbetreiber für eine Kostenbeteiligung zu gewinnen. Eventuell könnte der Nachtbus bei Übernahme der anfallenden Kosten auch für Sonderveranstaltungen im Forum Alte Werft kostengünstig gebucht werden.

März 1999

Papenburger Berufsschule erhält Landesförderung für "Lerninseln" mit Internet-Zugang

Im Rahmen der vom Land Niedersachsen und der Deutschen Telekom vereinbarten "Multimedia-Initiative Niedersachsen" (MMI) konnten sich berufsbildende Schulen im Teilprojekt "Multimedia und Bildung" um die Einrichtung einer Multimedia-Lerninsel bewerben. Wie Peter Raske für die SPD mitteilte, hat eine Jury aus Vertretern der Bezirksregierungen und des Kultusministeriums jetzt aus 25 Anträgen acht Schulstandorte zur Installation der Lerninseln ausgewählt. Dazu gehörte auch Papenburg. Er war der Auffassung, dass die Berufsbildende Schulen in Papenburg durch das attraktive Angebot der Lern-inseln zum Qualifikationszentrum in der Region werden könnte.

In den Schulen wurde je ein Unterrichtsraum als Multimedia-Lerninsel eingerichtet, der bis zur sechsten Unterrichtsstunde für unterrichtliche Zwecke zur Verfügung stand. Danach sollten Schülerinnen und Schüler, aber vor allem auch interessierte Bürgerinnen und Bürger einen kostengünstigen Zugang zum Arbeiten mit Multimedia-Rechnern und zum Internet sowie zu Lern-, Anwender- und Branchensoftware erhalten. Hierzu wurde in jeder Lerninsel eine Geräteausstattung mit einem Kostenumfang von mehr als 80 000 Mark installiert bestehend aus acht Multimedia-Rechnern mit Internet-Zugang. Zur Ausstattung gehörten darüber hinaus Farbmonitore, Laser- und Tintenstrahldrucker, je ein Flachbettscanner und ein Beamer. In den Lerninseln konnte auch die Möglichkeit der Videokonferenz genutzt werden.

Die technischen Einrichtungen einschließlich der betriebsfertigen Installation wurden aus Mitteln der Deutschen Telekom bereitgestellt. Für den Bau und Betrieb jeder Lerninsel erhielt bis zum Ende der Laufzeit der "Multimedia-Initiative-Niedersachsen" am 31. Dezember 2000 jeder Schulträger etwa 100.000 Mark aus Mitteln des Landes Niedersachsen. Für die SPD begrüßte Peter Raske dieses Vorhaben, für das insgesamt für die Einrichtung aller acht Lerninseln Kosten in Höhe von 1,5 Millionen Mark aufgewendet werden.

SPD

Info 1999

Ortsverein Papenburg

Dauerthema Hauptkanal

Vermehrt diskutiert werden derzeit in der Kaufmannschaft des Untenendes 2 Maßnahmen, die die Attraktivität des Hauptkanals erhöhen sollen. Dies ist zum einen die vollständige Aufhebung der Fußgängerzone und zum zweiten die Neugestaltung des CEKA-Parkplatzes. Die völlige Aufhebung der Fußgängerzone lehnt die SPD ab, denn dadurch wären alle Bemühungen um mehr Bummel-Atmosphäre am Hauptkanal gescheitert. Gerade die Gastronomie wäre schlecht beraten, dem zuzustimmen, denn wer möchte schon seinen Kaffee oder sein Eis mitten zwischen nach Parkplätzen suchenden Autos verzehren?

Einsehbar ist allerdings, dass eine Fußgängerzone auf der gesamten Länge des Hauptkanals schwierig ist, da einfach auf dem letzten Stück zu wenig Geschäfte sind.

Für die Neugestaltung des CEKA-Parkplatzes sollen die Planungen im Sommer fertig sein, so dass im kommenden Jahr diese Maßnahme in Angriff genommen werden kann. Hier ergeben sich hoffentlich neue Möglichkeiten für den Haupkanal.

Die Ausweisung eines Gewerbegebietes an der Lüchtenburg konnte mit Hilfe der SPD vor Ort und der Bezirksregierung in Oldenburg sehr schnell auf den Weg gebracht werden. Ein Bebauungsplan wurde mittlerweile erstellt und die ersten Verfahrensschritte eingeleitet. Hier wird die SPD ihr Augenmerk darauf richten, dass die betroffenen Landwirte akzeptable Ersatzflächen erhalten und die zugesagten Ausgleichsmaßnahmen seitens der Stadt erbracht werden.

Krankenhausstandort Aschendorf sichern

Die Krankenhäuser befinden sich in einem strukturellen und finanziellen Wandel. Die Kooperation und Vernetzung aller im Gesundheitsbereich tätigen Versorger ist unbedingt notwendig.
Zur Sicherung des Marienkrankenhauses Papenburg mit den Standorten Papenburg und Aschendorf sind strukturelle Änderungen unverzichtbar.
Die SPD hält eine Verlagerung der Orthopädie nach Papenburg für zweckmäßig, weil eine Zusammenarbeit mit der Chirurgie und der Intensivmedizin wesentliche Vorteile bringen würde.
Durch die vorhandene Intensivmedizin wäre es in Zukunft möglich, auch Risikopatienten in der Orthopädie zu operieren.
Ferner würde die Nutzung der diagnostischen Einrichtungen im Hause ohne zusätzliche Fahrtkosten möglich sein.

Die Verlegung der gesamten Kinder- und Jugendpsychiatrie nach Aschendorf ist sinnvoll.
Das Krankenhaus Aschendorf würde nach geringfügigen Anpassungsarbeiten gute therapeutische Möglichkeiten bieten, die in Papenburg nur mit erheblich höherem Aufwand zu erreichen wären.

Die Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten an den Standorten Papenburg und Aschendorf würden ca. 15 Mio DM weniger kosten, als die erforderlichen Maßnahmen bei der Zusammenlegung aller Abteilungen in Papenburg und Aufgabe des Standortes Aschendorf.

Die SPD Papenburg setzt sich deshalb für die Verlegung der Orthopädie nach Papenburg und für eine Zusammenführung der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Standort Aschendorf ein.

Ferdinand Saalfeld

Betreutes Wohnen: Eine Lücke in der Angebotspalette für Senioren in Papenburg!

Selbständig wohnen in vertrauter Umgebung und im Kontakt mit anderen ist auch im Alter der Wunsch der meisten Menschen. Die bisherige Wohnung ist bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit oft nicht geeignet, Lage und Grundriß sind häufig ungünstig, und familiäre und nachbarliche Unterstützung wird immer seltener. Die Organisation bedarfsgerechter Hilfe ist für die Betroffenen schwierig und kaum leistbar. Die Idee des „Betreuten Wohnens" für Senioren trägt dieser Problemlage Rechnung.

Sie bietet

- eine wohnliche und behindertengerechte Architektur
- das Angebot persönlicher und kontaktförderner Hilfe
- die Sicherheit koordinierender Dienst- und Hilfeleistungen

Das „Betreute Wohnen" schließt die Angebotslücke zwischen ambulanter Pflege und Hilfe in der Privatwohnung einerseits, und stationärer Pflege im Pflegeheim. Durch dieses Angebot wird zunehmend das traditionelle Altenheim ersetzt, es kann jedoch das Pflegeheim nur beschränkt ersetzen. Ziel ist es, selbständiges Wohnen und eigenständige Haushaltsführung vor dem Hintergrund größtmöglicher Sicherheit zu fördern und den Eintritt von Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder hinauszuzögern.
Zum Grundservice beim „Betreuten Wohnen" gehört ein umfangreicher haustechnischer Service und das Angebot eines Notrufanschlusses.
Die Betreuungsperson vermittelt bedarfsgerechte Dienstleistungen, fördert Kontakte und bietet persönliche Hilfestellung an. Ihr Aufgabenschwerpunkt liegt in der Aktivierung der Selbsthilfekräfte der Bewohner.
In Papenburg gibt es ein gutes Angebot an behindertengerechten Altenwohnungen, aber leider keinen Betreuungsstützpunkt.

Der SPD-Ortsverein Papenburg setzt sich für die Einrichtung eines Betreuungsstützpunktes ein, um ein „Betreutes Wohnen" für die Senioren ggf. in vorhandenen Seniorenwohnungen zu ermöglichen.

Rechtsbruch bringt CDU-Ratsherrn erheblichen Profit

Die SPD ist empört darüber, dass der Ratsherr Josef Kuhr auf zwei familieneigenen 10000 qm großen Grundstücken rechtswidrig Bäume fällen ließ, die der Baumschutzsatzung unterlagen. Angesichts der Tatsache, dass Herr Kuhr die Baumschutzsatzung als Ratsherr genau kannte, kann sein Handeln nur den Rücktritt aus der aktiven Kommunalpolitik zur Folge haben.
Der Rechtsbruch hat sich offensichtlich finanziell mit über 130000 DM ausgezahlt, denn nach dem Fällen der Bäume können die Grundstücke, sobald ein Bebauungsplan aufgestellt ist, lückenlos bebaut werden. Nach den gerade veröffentlichten Bodenrichtlinien für Bauland in mittlerer Lage sind die Grundstücke ca. 2,8 Millionen DM wert, wenn sie voll bebaut werden. Solange die Bäume standen, war dies nur teilweise möglich.
Dem Ansehen des Rates ist durch das Verhalten von Herrn Kuhr schwerer Schaden zugefügt worden, weil er bei der Verpflichtung, vorbildhaft für die Bürger zu handeln, versagt hat.
Wie soll man zukünftig den Bürgern klarmachen, dass sie sich an die Baumschutzsatzung zu halten haben?
Die SPD möchte erreichen, dass es sich in Zukunft finanziell nicht mehr lohnt, Rechtsbrüche zu begehen. Eventuell muss das Bußgeld bei Baumfrevel so verändert werden, dass es der zu erwartenden Wertsteigerung angepasst wird.

Dütt un Datt

Einen Tag vor der Bundestagswahl hatte die SPD Papenburg am Obenende einen Infostand, bei dem Reinhold Robbe sich noch einmal für die Partei einsetzte. Unter den vielen Besuchern des Standes war auch Heinrich Hövelmann, der den Kommentar abgab:
„Was ihr da macht, hat doch keinen Zweck. Hier in Papenburg ist für die SPD doch die Diaspora."
So ganz überzeugend war das Wahlergebnis der CDU dann aber am nächsten Tag auch in Papenburg nicht.

Am Abend der Bundestagswahl bei der Auszählung der Stimmen der einzelnen Wahllokale im Papenburger Rathaus stellte sich heraus, dass die SPD in einigen Wahllokalen sogar die Mehrheit hatte. Kommentar der stellvertretenden Bürgermeisterin Ursula Mersmann: „Mein Gott, was müssen da für Leute wohnen, die so wählen."

Zum Thema „Emssperrwerk" gab es vor der Demonstration eine klare Absprache, dass man den Parteiklüngel hier herauslassen sollte, zumal sich SPD, CDU und FDP völlig einig sind, dass das Sperrwerk gebaut werden muss. Doch einige Tage vor der Kundgebung konnte die CDU der Versuchung mal wieder nicht widerstehen und hängte überall im Stadtgebiet ihre Parteiplakate auf.

Aber warum sollte sie sich auch an Absprachen halten?

Schön findet es die SPD, dass es möglich war, die Mühle Meyer am Hauptkanal zu kaufen.
Schließlich hatte sie bereits 1983 einen Antrag gestellt, das Bauwerk unter Denkmalschutz zu stellen.

Entwicklung am Obenende

Durch die Entscheidung des Rates der Stadt, am Betlehem ein neues Feuerwehrgebäude zu errichten (was die SPD immer befürwortet hat), waren die Baupläne von Dr. Eissing endgültig gescheitert. Gott sei Dank! Nunmehr konnte man für das Obenende ein vernünftiges Gestaltungskonzept erarbeiten.
Verschiedene Städteplaner wurden um Vorschläge gebeten: Die Pläne der Büros Nordwestplan und Stabenow kamen in die engere Wahl. Das städtische Bauamt wurde beauftragt, aus beiden Plänen ein tragbares Konzept zu erarbeiten. Über die Prioritätenliste der Umgestaltung waren sich alle Parteien schnell einig.

1. Ausbau einer Straße hinter den Geschäften am Splitting links von der Umländerwiek in Richtung Erste Wiek, wobei die Einmündung auf den Splitting über den Lidl-Parkplatz angedacht wurde.
2. Ausbau und Umgestaltung des Splitting rechts vom Bethlehem bis zur Einmündung Umländerwiek und dort Einrichtung eines Kreisels. Herausnahme des Schwerlastverkehrs ab der Rheiderlandstraße, Begrenzung des Tempos auf 30 und Schaffung von Parkbuchten beiderseits der Straße.
3. Umgestaltung des Splittings vom Alten Turm bis zur Einmündung Erste Wiek in einen zweiten Kreisel.

Dieser letzte Abschnitt wurde zum Zankapfel zwischen CDU einerseits und SPD und Kaufmannschaft andererseits. Die CDU wollte unbedingt ihre Variante durchsetzen, wobei sie vor allem Wert darauf legte, dass die Parkplätze vor den Geschäften bleiben sollten. SPD und Kaufmannschaft wollten die Parkplätze in der jetzigen Fahrbahnmitte mit besserer optischer Gestaltung, an beiden Seiten eingeengte Fahrbahnen und großzügigen Ausbau von Rad- und Fußwegen. Die CDU aber blieb stur bei ihrer Haltung. Nach dem Motto: „Wer die Mehrheit hat, hat recht!"

Doch dann kam im Herbst eine neue Bürgerversammlung. Hier prallten die Meinungen noch einmal hart aufeinander. Dies hat wohl ein Umdenken der CDU bewirkt. Am nächsten Tag wurde vom Bauamt ein völlig neuer Plan vorgestellt - die Farbe war noch nicht trocken -. Dieser Kompromisslösung haben nach kurzer Diskussion alle Gruppen zugestimmt. Jetzt sollen diese Pläne nach und nach verwirklicht werden, und wir freuen uns auf das neue Obenender Zentrum.

Was macht die SPD-Regierung in Bonn?

Die SPD unter Bundeskanzler Gerhard Schröder bringt Bewegung in die Politik, was in den letzten Jahren von der CDU/CSU/FDP Koalition nicht behauptet werden konnte und wenn, dann nur gegen Arbeitnehmer, gegen Rentner, gegen Arbeitslose usw.

Festzustellen ist, mit der SPD fängt 1999 gut an!

Die SPD und die Grünen setzten innerhalb von 6 Wochen im Bundestag Verbesserungen für breite Bevölkerungsschichten durch.

Schon ab dem 1.1.1999 gilt:

- Erst einmal gibt es mehr Kindergeld: je 30,- DM mehr für das erste und das zweite Kind.
- Wir tun etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit: Für Ausbildung und Beschäftigung von 100000 arbeitslosen Jugendlichen haben wir zwei Milliarden lockergemacht.
- Blüms Rentenkürzungen werden wieder aufgehoben, wie versprochen.
- Die Zuzahlung bei Medikamenten wird geringer. Auch Jugendliche erhalten wieder Zahnersatzleistungen. Das sinnlose Krankenhaus-Notopfer entfällt.
- Dem Lohn-Dumping geht es an den Kragen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort -, das ist das Prinzip.
- Es gibt wieder für alle die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.
- Es gibt den vollen Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer in kleinen Betrieben.

Am 1. April 1999 sinkt der Rentenbeitrag. Das entlastet Arbeitnehmer und Arbeitgeber, schafft Kaufkraft und Arbeitsplätze.

- Wir senken die Steuern für alle Steuerzahler.

Außerdem: Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften reden wieder miteinander. Das Bündnis für Arbeit steht.

Das alles kann sich wirklich sehen lassen. Da können die Herren von CDU und FDP kritisieren so viel sie wollen.

In eigener Sache!

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger.

Die SPD regiert in Bonn und Hannover und in zwölf von sechzehn Bundesländern trägt sie die Verantwortung oder ist an der Regierung beteiligt, und das hat seinen Grund. Die Entscheidungen der SPD sind nicht nur für die, die schon genug haben, sondern für Arbeitnehmer und Familien, die es nötig haben.

Auch für diese Bürger setzt sich die SPD-Papenburg ein.
Um unsere Ideen umsetzen zu können, brauchen wir Ihre Unterstützung. Um die Probleme der Bürger zu erfahren und Ihnen unsere Politik näher zu bringen, brauchen wir mehr Mitglieder in Papenburg.

Darum: Wer etwas bewegen will, macht mit bei der SPD-Papenburg.
Wir machen nicht nur Politik, wir sind auch gesellig.

Also mitmachen macht Spaß

Ansprechadressen:

Bernhard Bloem
Rosenstraße 48
26871 Papenburg

Wilhelm Kröger
Betlehem li. 127
26871 Papenburg

Roland Seemann
Friederikenstraße 172
26871 Papenburg

Anne Schnieders
Umländerwiek re. 41
26871 Papenburg

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß am 13. Juni die Europawahlen sind. Nehmen Sie Ihr demokratisches Recht wahr, gehen Sie zur Wahl.

In Straßburg und Brüssel werden immer mehr – für uns alle wichtige – Entscheidungen getroffen.

Deshalb am 13. Juni SPD: Für Gerechtigkeit und soziale Vernunft!

Der SPD-Vorstand
und die SPD-Fraktion
wünscht Euch und Ihnen ein
frohes Osterfest

Rot-Grüne Koalition unterstützt Werftenindustrie

Die Finanzkrise in Korea, der außergewöhnliche koreanische Werftenausbau, 30-prozentige Preisvorteile durch die Unterbewertung des Won und der Lohnverzicht der koreanischen Werftarbeiter führten zu einem enormen Auftragseinbruch im deutschen Schiffbau.

Die deutschen Werften und die Arbeitnehmer der Meyer-Werft in Papenburg könnten sich auf die Unterstützung von SPD und Bundesregierung verlassen, erklärte Peter Raske für den Kreisvorstand der SPD. In dem von Asien ausgehenden ruinösen Konkurrenzkampf würde die Bundesregierung den deutschen Werften helfen. Schiffbau war eine Schlüsselindustrie in der Verkehrs-, Sicherheits- und Umwelttechnik. Werften und Zulieferer müssten aber auch weiter daran arbeiten, ihre Kapitalkosten und Overheads zu senken und zu kooperieren, um gemeinsam technische Entwicklungen voranzutreiben, Einkaufs-, Vermarktungs- oder Produktionsvorteile auszuschöpfen.

Mit einem Antrag im Deutschen Bundestag forderten SPD und GRÜNE die Einhaltung und strenge Überwachung der Kreditauflagen des IWF und die Verpflichtung Koreas zu langfristigen Kapazitätsbeschränkungen im Schiffbau. Außerdem müssten IWF-Kredite mit Kapazitätsbeschränkungen verbunden werden. Zur Festigung des deutschen Wettbewerbs im europäischen Schiffbau, sollten darüber hinaus die Fördermöglichkeiten in den nächsten zwei Jahren voll ausgeschöpft werden. Notwendig wäre eine Krisenintervention, die den Werften mit Mitteln aus der deutschen Wettbewerbshilfe helfen würde. Die SPD setzte sich in den Haushaltsverhandlungen im deutschen Bundestag für eine bedarfsgerechte Ausstattung der Wettbewerbshilfe ein.

Die SPD erwartete ferner ein schnelles Übereinkommen über ein neues Schiffbauabkommen auf europäischer Ebene, in das auch Japan, Korea und China als führende Schiffbaunationen, die USA, Norwegen und Polen eingebunden werden sollten, um den Schiffbaumarkt verbindlich zu kräftigen. In dem Abkommen müssten die fundamentalen Wettbewerbsfragen und Sanktionsmöglichkeiten geregelt werden.

Für Discobus statt Plakataktion

Der Landkreis Emsland stellte Plakate von Unfällen an den Hauptverkehrsstraßen auf. Die SPD im Emsland wollte statt Abschreckung durch eine teure Plakataktion Präventionsmaßnahmen.

Deshalb forderte die SPD im Kreis Emsland, überall für die Jugendliche den Diskobus einzuführen.

Nach den Erkenntnissen der Werbung ist Abschreckung das schlechteste Werbemittel. Deshalb würden auch die flotten Sprüche, mit denen der Landkreis gegen das Rasen auf den Straßen vorging, keine Wirkung zeigen. Statt auf einen kurzfristigen Werbegag zu setzen, sollte das Geld lieber langfristig eingesetzt werden für die Bezuschussung von Diskobussen.

Die SPD forderte den Landkreis auf, möglichst schnell die Voraussetzungen zu schaffen, dass überall im Emsland der Diskobus eingeführt würde. Es sollten Absprachen mit den benachbarten Landkreisen und den dortigen Nachtbussen erfolgen, damit Anschlussmöglichkeiten für deren Diskobusse bestünden.

Landkreis Emsland erntet heftige Kritik für 60.000 Mark teure Plakat-Aktion

SPD: Discobus einführen statt flotte Sprüche klopfen

Papenburg. Vehement fordert die SPD im Emsland die Einführung eines Discobusses nach dem Vorbild der „Nachtule", die mit Erfolg in den Landkreisen Leer und Ammerland verkehrt. Gleichzeitig kritisieren die Sozialdemokraten eine jetzt von Oberkreisdirektor Hermann Bröring präsentierte Plakat-Aktion, mit der ein neues Bewußtsein für die Gefahren geschaffen werden soll, die im Straßenverkehr lauern.

„Die SPD im Emsland setzt auf Prävention statt Abschreckung", heißt es in einer Mitteilung an die Presse. „Angesichts der drohenden Gefahren durch Alkoholmißbrauch und der häufig durch Alkoholeinfluß verursachten Verkehrsunfälle nach einem Disco- oder Gaststättenbesuch ist eine weitere Verzögerung bei der Einrichtung eines Discobusses unverantwortlich", schreibt Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher der SPD im Emsland. Für ihn ist es „unverständlich, daß rund 60.000 Mark für eine Plakat-Aktion ausgegeben und für die Einführung des Discobusses immer noch keine Gelder bereitgestellt werden".

Nach den Erkenntnissen der Werbung sei Abschreckung das schlechteste Mittel: „Deshalb werden die flotten Sprüche, mit denen der Landkreis gegen das Rasen auf den Straßen vorgehen will, keine Wirkung zeigen." Statt für kurzfristige Werbung solle das Geld besser langfristig für den Discobus eingesetzt werden. Zudem regt die SPD an, die Discotheken-Betreiber für eine Beteiligung an den Kosten des Projekts zu gewinnen.

Roland Seemann, Fraktionsvorsitzender der SPD im Papenburger Rat, unterstrich in der Haushaltsdebatte am vergangenen Donnerstag: „Wir müssen der Stadt einen klaren Auftrag geben, mit den Kommunen des nördlichen Emslandes Gespräche zu führen." Man sei sich einig mit der CDU, daß sich alle Kommunen beteiligen müßten. Seemann forderte „bis zu 10.000 Mark zur Verfügung zu stellen". Das sei „eine lohnende Investition, wenn dadurch Unfälle vermieden werden". Nach Angaben des Landkreises sind in den vergangenen zehn Jahren 612 Menschen auf den Straßen des Emslandes zu Tode gekommen.

Sonntags Report 28.03.1999

April 1999

SPD ist für Diskobus statt Plakataktion

Papenburg

Die SPD im Emsland setzt auf Prävention statt Abschreckung durch eine teure Plakataktion. Angesichts der drohenden Gefahren durch Alkoholmißbrauch und der häufig durch Alkoholeinfluß verursachten Verkehrsunfälle nach einem Disko- oder Gaststättenbesuch durch Jugendliche ist eine weitere Verzögerung bei der Einrichtung eines Diskobusses unverantwortlich. Deshalb fordert die SPD im Kreis Emsland generell die Einführung des Diskobusses. Für Peter Raske, den sozialpolitischen Sprecher der SPD im Emsland, ist es unverständlich, daß rund 60 000 DM für eine Plakataktion ausgegeben werden und für die Einführung des Diskobusses immer noch keine Gelder bereitgestellt werden. Es ist für die SPD unverständlich, weshalb sich die Verantwortlichen im Landkreis Emsland nicht auf eine Einführung einigen können, während dies in den Landkreisen Leer und Ammerland mit der „Nachteule" möglich ist.

Ems-Zeitung 01.04.1999

SPD für Discobus statt Plakataktion

Fahrplan auf Jugendliche im Emsland abstimmen

PAPENBURG. Die SPD im Emsland setzt auf Prävention statt auf Abschreckung durch eine teure Plakataktion. Angesichts der von alkoholisierten Jugendlichen verursachten Verkehrsunfälle nach einem Disco- oder Gaststättenbesuch sei eine weitere Verzögerung bei der Einrichtung eines Discobusses unverantwortlich. Deshalb fordert die SPD im Kreis Emsland, überall für die Jugendlichen diesen Service einzuführen.

Rund 60.000 Mark werden für eine Plakataktion ausgegeben, während für die Einführung eines Discobusses immer noch keine Gelder bereitgestellt würden, kritisiert Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher der SPD. Es sei unverständlich, weshalb sich die Verantwortlichen im Landkreis Emsland nicht auf eine Einführung einigen können, während dies in den Landkreisen Leer und Ammerland mit der „Nachteule" möglich ist.

Nach den Erkenntnissen der Werbung ist Abschreckung das schlechteste Werbemittel. Deshalb werden auch nach Meinung von Raske die flotten Sprüche, mit denen der Landkreis gegen das Rasen auf den Straßen vorgehen will, keine Wirkung zeigen. Statt auf einen kurzfristigen Werbegag zu setzen, sollte das Geld lieber langfristig eingesetzt werden für die Bezuschussung von Discobussen.

Die SPD fordert den Landkreis auf, möglichst schnell die Voraussetzungen zu schaffen, daß überall im Emsland der Discobus eingeführt wird. Dafür seien ausreichend Haltepunkte in den Kommunen notwendig. Die Standorte der Discotheken im Emsland müßten in den Fahrplan eingebunden werden und der Preis müsse für Jugendliche erschwinglich sein. Beim Fahrplan ist nach Meinung der SPD darauf zu achten, daß er den Jugendlichen ermöglicht, die ganze Nacht zwischen den Städten und Gemeinden im Emsland hin und her zu fahren. Es sollten Absprachen mit den benachbarten Landkreisen und den dortigen Nachtbussen erfolgen, damit Anschlußmöglichkeiten für diese Discobusse bestehen.

Daneben sollte gewährleistet sein, daß die Abendvorstellung der Kinos und der Theatervorstellungen rechtzeitig erreicht werden. Für die Rückfahrten sollten eine Fahrt im Anschluß an die Vorstellungen und für Nachschwärmer zwei weitere Fahrten am frühen Sonntagmorgen angeboten werden. Die SPD regt an, die Discothekenbetreiber für eine Kostenbeteiligung zu gewinnen.

General Anzeiger 06.04.1999

Sondernutzungsgebühren: Verödung des Hauptkanals

Die SPD-Fraktion in Papenburg lehnte die von der Verwaltung geplante Erhebung von Sondernutzungsgebühren in der Stadt Papenburg ab. Für die SPD war es unverständlich, wie die Verwaltung durch die Einführung von Gebühren für das Aufstellen von Tischen und Stühlen, Informationsständen usw. einen Anreiz für die Ansiedlung weiterer Betriebe schaffen wollte.

Mit der Erhebung von Sondernutzungsgebühren in der Stadt würde dem Hauptkanal der Todesstoß versetzt werden. Wie könnte sich das öffentliche Leben auf der Straße entwickeln, wenn für das Aufstellen von Tresen, Tischen, Sitzgelegenheiten, Sonnenschirmen usw. zu gewerblichen und nichtgewerblichen Zwecken vor Cafés, Restaurants, Eisdielen und Geschäften Gebühren erhoben werden?

Ginge es nach dem Willen der Verwaltung, wäre auch das Verteilen von Handzetteln oder anderen Werbeschriften nicht nur genehmigungspflichtig, sondern auch gebührenpflichtig. Ebenfalls sollten nach dem Willen der Verwaltung für Informationsstände, Plakatständer und sonstige den Straßenraum beanspruchende Informationsverbreitung zu gewerblichen Zwecken Gebühren erhoben werden.

Nach einer Berechnung der Verwaltung würden von den Restaurationsbetrieben, die zur Zeit den städtischen Straßenraum nutzen, im Jahr ein Gebührenaufkommen von rund 14.000 Mark erzielt werden können. Die SPD-Fraktion fragte sich, ob bei diesem für die Betriebe beträchtlichem, jedoch für die Stadt geringem Gebührenaufkommen die Erstellung einer Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzung in Gemeindestraßen und eine Satzung über die Erhebung von Sondernutzungsgebühren überhaupt sinnvoll wäre.

Wären die Kosten für Verwaltungskräfte für die Erteilung von Genehmigungen oder Überwachung der Einhaltung der Satzung nicht höher als der Ertrag aus den Gebühren?

Außerdem könnte es zu einem Verlust an Steuerkraft kommen durch einen möglichen Umsatzverlust.

Die SPD in Papenburg war der Meinung, dass sich die Verwaltung stärker um Verwaltungsvereinfachung und Bürgerfreundlichkeit bemühen sollte, statt das öffentliche Leben auf den Straßen zu bürokratisieren.

Verwaltung will Ordnung auf den Bürgersteigen

Ausschuß diskutiert am Dienstag über die Sondernutzung von Verkehrsflächen

Von Christoph Herrmann

PAPENBURG. Wenn es nach der Stadtverwaltung geht, dann müssen die Gastwirte in Papenburg demnächst Genehmigungen beantragen und Gebühren bezahlen, bevor sie Tische und Stühle auf der Straße vor ihren Lokalen aufstellen, um Gäste im Freien bewirten zu können.

Bislang habe die Stadt sämtliche Aktivitäten der Gastwirte auch auf städtischen Flächen toleriert, erläuterte Pressesprecher Bernhard Jordan. Inzwischen bauten aber einzelne Betriebe die Bürgersteige derart großflächig zu, daß Passanten fast schon genötigt werden, dort einzukehren.

Die Initiative der Verwaltung, über die am kommenden Dienstag, 27. April, der Wirtschafts- und Fremdenverkehrsausschuß beraten soll, solle vor allem dazu dienen, die Belegung von Verkehrsflächen durch Betriebe wieder unter Kontrolle zu bekommen, erklärte Jordan. Ums Abkassieren von sogenannten Sondernutzungsgebühren gehe es nicht in erster Linie. Andernorts sei die Erhebung von solchen Gebühren gang und gäbe. Und die Genehmigung für Tische und Stühle auf Bürgersteigen sei an sich schon wegen des Gesetzes über die Benutzung öffentlicher Straßen und Wege erforderlich.

Die SPD-Fraktion im Papenburger Stadtrat hat bereits Widerstand gegen die Vorschläge der Stadtverwaltung angekündigt. Angesichts der Bestrebungen, den Hauptkanal wiederzubeleben, sei der Vorschlag unverständlich, schimpfte Peter Raske. „Nach Auffassung der SPD würde die Erhebung von Sondernutzungsgebühren dem Hauptkanal den Todesstoß versetzen", schreibt Raske in einer Pressemitteilung. Die Verwaltung solle nicht auch noch das öffentliche Leben auf den Straßen bürokratisieren, fordert er. Außerdem bezweifeln die SPD-Ratsherren, daß die Aufstellung einer Gebührensatzung für die Sondernutzungen und der Verwaltungsaufwand für das Kassieren der Gelder in einem vernünftigen Verhältnis zu den erwarteten Einnahmen von rund 14 000 Mark stehen.

Der Wecker 25.04.1999